

DeHoGa Bremen kritisiert neue EU-Verordnung

Die neue EU-Lebensmittel-Informationsverordnung stößt beim Bremer Hotel- und Gaststättenverband (DeHoGa) auf Kritik. Dass Gastronomen künftig sämtliche möglicherweise allergieauslösenden Stoffe in Lebensmitteln angeben müssen, sei eine große Überforderung. Die EU-Regelung tritt Mitte Dezember in Kraft.

Der DeHoGa in Bremen fürchtet, dass die Arbeit der gastronomischen Betriebe dadurch erheblich beeinflusst wird. So könnten beispielsweise Köche gezwungen sein, ihr Angebot an Speisen deutlich einzuschränken – zu groß sei die Verunsicherung, welche Bestandteile die verwendeten Lebensmittel haben. Wenn Gastronomen die neue Verordnung nicht einhalten, drohen ihnen hohe Strafen - bis hin zum Freiheitsentzug. Dieses Risiko verunsichert die Betreiber, so ein DeHoGa-Sprecher zu Radio Bremen.

Das Bremer Gesundheitsressort wies darauf hin: Die Verordnung betrifft nur die gewerbliche Ausgabe von Lebensmitteln, wie zum Beispiel in Bäckereien, Kantinen und durch Lieferanten. Private Veranstaltungen, wie Kindergeburtstage oder Weihnachtsfeiern, sind davon in Bremen und Niedersachsen ausgenommen.

Bremer Nachrichten/Weser-Kurier

30.10.2014

Junge Flüchtlinge im Fokus

Bremen (hi-sad). Was tun mit jungen Flüchtlingen, die in Bremen wiederholt kriminell geworden sind? Die Stadt hat speziell für diese Gruppe in Farge-Rekum eine neue Unterkunft organisiert und lässt die Bewohner von einem Team betreuen, das von Lothar Kannenberg geleitet wird. Der ehemalige Boxer ist bundesweit mit seinen Erziehungsmethoden bekannt geworden und kümmert sich regelmäßig um besonders schwierige Jugendliche. In Farge gibt es großen Protest gegen das Heim, genauso aber auch Zustimmung. Unterdessen werfen Bremer Initiativen der Landesregierung einen „planlosen, fahrlässigen und verantwortungslosen“ Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vor.

Thema Seite 3-Bericht Seite 8

„Bremen gefährdet Kindeswohl“

Initiativen kritisieren Unterbringung und Betreuung minderjähriger Flüchtlinge

VON SABINE DOLL

Bremen. „Planlos, fahrlässig und verantwortungslos“ – so bezeichnen Flüchtlingsinitiativen die Unterbringung und Betreuung der fast 300 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bremen. „Die Verantwortung dafür trägt die Landesregierung“, sagte Claudia Schmitt, Vorsitzende der Vereinigung Fluchtraum, am Mittwoch. Sie wirft den Behörden vor, gegen das Jugendhilfegesetz zu verstoßen.

Besonders scharf kritisierten die Initiativen, dass die Kinder und Jugendlichen bis zu sechs Monate in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) ausharren müssten. „Dort werden sie wie Erwachsene behandelt und nicht angemessen betreut“, sagte Marc Millies vom Flüchtlingsrat. Auch die Unterbringung in Containerdörfern und Hotels sei keine Alternative zu Jugendhilfeeinrichtungen und Wohngruppen. „Die Behörden wissen um diese Situation, aber sie wird wissentlich toleriert. Die Politik ist überfordert“, so der Sprecher der Initiative. Damit trage Bremen zu einer Gefährdung des Kindeswohls bei, betonte Schmitt. Es müssten dringend neue und tragfähige Konzepte erarbeitet werden.

Zudem sei absehbar gewesen, dass die Flüchtlingszahlen in den kommenden Jahren steigen werden. „Bereits seit 2010 hat sich die Zahl der in Bremen ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von Jahr zu Jahr verdoppelt“, sagte die Fluchtraum-Vorsitzende. „Der aktuelle Notstand ist Ergebnis dieser Versäumnis-

se.“ Und nun im Herbst 2014 habe Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) auf einmal verkündet, dass sich Bremen nicht mehr in der Lage sehe, das Wohl der Flüchtlingskinder zu sichern. Die „öffentliche Hilfs- und Verantwortungslosigkeit“ gipfele in dem Vorstoß der Landesregierung, die minderjährigen Flüchtlinge bundesweit umzuverteilen. Das lehnen die Initiativen ab. Sie hätten ein Recht darauf, ihren Aufenthaltsort selbst zu bestimmen.

Die Verbände kritisieren zudem, dass die Schulpflicht verletzt werde. „Viele der jungen Flüchtlinge warten seit Ende der Sommerferien immer noch auf einen Schulplatz, obwohl sie ein Recht darauf haben, aber es wird ihnen nicht gewährt“, sagte Matthias Westerholt von Fluchtraum. Für den Rechtsanwalt ist das Jugendhilfesystem unzureichend ausgerüstet. Es fehlten Jugendwohngruppen, Deutschkurse und psychologische Betreuung. „Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich um Kinder handelt, die oft monatelang auf der Flucht waren und traumatisiert sind.“ Ebenso gebe es nicht genug qualifiziertes Personal für die Betreuung, weshalb langfristig in die Ausbildung investiert werden müsse.

Dringend notwendig sei, den Jugendlichen einen sicheren Aufenthalt zu garantieren. Zwar schiebe Bremen minderjährige Flüchtlinge nicht ab, allerdings erteile die Ausländerbehörde nur eine einjährige Duldung. Dabei gebe es die Möglichkeit für eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis.

Kinder, keine UMFs

MIGRATION Flüchtlingsinitiativen fordern den Senat auf, ein Konzept zum Umgang mit Minderjährigen vorzulegen. Sie kritisieren die öffentliche Debatte um ein „Flüchtlingsproblem“ als fehlgeleitet

Bremen ist mit der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) überfordert. Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) sagt das, die Sozialbehörde sagt das und die Flüchtlingsinitiativen sowieso. Was letztere aber auf keinen Fall wollen, ist dabei von einem „Flüchtlingsproblem“ zu sprechen.

Als „fehlgeleitet“ bezeichnete Rechtsanwalt Matthias Westerholt von „Fluchtraum“ die derzeitige Debatte. Sein Verein hatte mit dem Flüchtlingsrat und der Flüchtlingsinitiative am Mittwoch zu einem gemeinsamen Termin geladen.

Für Westerholt führe schon der mittlerweile gängige Begriff UMF in die falsche Richtung. „Das sind Kinder“, sagt er. Und die stünden „unter besonderem Schutz, unabhängig von ihrer Herkunft“. Darauf haben sie ei-

nen Rechtsanspruch, jedenfalls in der Theorie.

Tatsächlich aber sei davon bereits bei der Ankunft in der Zentralen Erstaufnahme (Zast) nicht mehr viel zu merken, sagen die Fluchtraum-Mitarbeiter. Sie übernehmen ehrenamtlich Vormundschaften für die Jugendlichen. Acht Monate war einer der Jugendlichen in der Zast, sagt eine Betreuerin. Vorgesehen sind drei bis fünf Tage.

Sie benennt die Folgen: Magenprobleme von schlechtem Essen und Schlafstörungen we-

gen des andauernden Lärms. Übermüdet in der Schule hätten die Jugendlichen besonderen Stress, weil sie nicht nur um ihre Noten Angst hätten, sondern auch um ihren Aufenthaltsstatus. Bremen gewährt eine Duldung, solange sie sich in Ausbildung befinden. In anderen Bundesländern ist das nicht so.

Einigen haben Glück und landen schließlich in Einrichtungen der regulären Jugendhilfe. Zusammen mit deutschen Jugendlichen würden die Flüchtlinge „aufblühen“, sagen die Fluchtraum-Mitarbeiter.

Marc Millies vom Flüchtlingsrat begrüßt einige Maßnahmen der Sozialbehörde. Etwa das „Clearinghaus Bahia“, das Ende vergangenen Monats eröffnete und in dem 30 Minderjährige untergebracht sind und betreut werden. Aber: Die Betreuung von 30 Kindern sei nicht viel angesichts der rund 300 minderjährigen Flüchtlinge in Bremen, so Millies.

Für Sofia Leonidakis von der Flüchtlingsinitiative besteht ein politisches Problem darin, dass die Jugendhilfe grundsätzlich zu schlecht ausgestattet sei. Der Senat müsse für die Ausbildung von Fachkräften sorgen.

Die Initiativen kennen viele Probleme, die anzugehen wären. Dafür brauche es ein „grundsätzliches Konzept und kein Gerödel an Einzelfragen“, so Millies. Dafür sollte die Sozialbehörde Experten hinzuziehen. Alles andere sei „fahrlässig und verantwortungslos“.

Die öffentliche Debatte aber, da sind sich alle Gruppen einig, führe in eine andere Richtung: Die Flüchtlinge nicht als Individuen anzuerkennen. Mit ihren je eigenen Geschichten, Ängsten und Perspektiven. **JPK**

Delmenhorster Kreisblatt
30.10.2014

Scharfe Kritik an Flüchtlingskonzept „Behörden schlicht überfordert“

epd **BREMEN.** Flüchtlingsinitiativen haben die Unterbringung und Betreuung der fast 300 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bremen scharf kritisiert. Die aktuelle Lage sei auf eine „planlose und fahrlässige“ Politik der Landesregierung zurückzuführen, sagte Marc Millies vom Bremer Flüchtlingsrat am Mittwoch in Bremen. Derzeit müssten die Kinder und Jugendlichen bis zu sechs Monate in der Zentralen Aufnahmestelle leben, bis sie anderwärtig untergebracht würden. Es müssten dringend neue Konzepte erarbeitet werden.

In der Aufnahmestelle würden die Jugendlichen wie Erwachsene behandelt, kritisierte Millies. Auch sei die Unterbringung der Jugendlichen in Containerdörfern und Hotels keine

Alternative zu richtigen Jugendhilfeeinrichtungen mit gut betreuten Wohngruppen. Die Jugendbehörden wüssten um die Situation und tolerierten sie. „Die Behörden sind schlicht überfordert“, unterstrich der Sprecher des Flüchtlingsrates. Es sei absehbar, dass die Flüchtlingszahlen in den kommenden Jahren eher steigen würden.

Der Rechtsanwalt Matthias Westerholt von der Initiative „Fluchtraum“ sagte: „In der aktuellen Diskussion wird immer wieder vergessen, dass wir über Kinder sprechen.“ Der Gesetzgeber sichere ihnen Schutz und eine adäquate Betreuung zu. Nahezu alle Kinder seien durch die Flucht traumatisiert. „Sie brauchen mehr als etwas zu essen und ein Dach über dem Kopf.“